

A1 Keine Einschränkung des Würzburger Nachtlebens!

Antragsteller*in: Sebastian Hansen, Konstantin Mack

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

Wir stellen uns vehement gegen jegliche Einschränkung des Würzburger Nachtlebens - sei es durch die Einführung einer Sperrstunde, durch Alkoholverbote im öffentlichen Raum oder durch den Ausweis "gefährlicher Orte" auf Grundlage des neuen Polizeiaufgabengesetzes.

Nachdem die CSU-Stadtratsfraktion am 16. Januar 2019 einen Antrag zur Abstimmung gebracht hat, mit dem beschlossen wurde, dass sich die Verwaltung nach den Sperrzeiten in anderen bayerischen Städten erkundigen solle, kritisiert die GRÜNE JUGEND Würzburg diesen Vorstoß, ebenso wie den letztlich erfolgten Beschluss des Stadtrates, eine kurze Evaluierungsphase vorzunehmen. Ihren Antrag begründet die CSU mit der Sorge um die „Sicherheit im Innenstadtbereich, insbesondere nachts und in den frühen Morgenstunden.“ Dabei beziehen sie sich auf einen Bericht des Würzburger Polizeidirektors Klaus Böhm, sowie auf Erfahrungen aus anderen bayerischen Städten, in denen die Sperrstunde bereits verlängert wurde. Auch wenn die CSU-Fraktion betont, dass es sich nicht um einen Antrag zur tatsächlichen Verlängerung der Sperrstunde handle, sondern lediglich um das Einholen einer „Erfahrungssammlung“, stellt der Antrag bereits einen vermeintlichen Kausalzusammenhang zwischen dem Einführen einer Sperrzeit und dem Rückgang von Alkoholmissbrauch und Schlägereien her. Zudem ist die Intention der CSU, das Würzburger Nachtleben einzuschränken, klar. Die GRÜNE JUGEND Würzburg hält die Verlängerung der Sperrstunde nicht für ein effektives Instrument, um Kriminalität zu bekämpfen. Dass der erhoffte Effekt nicht eintritt, wurde bereits in einer Studie der Universitäten Bamberg und Dresden nachgewiesen. Dass sich Anwohner*innen durch Lärm gestört fühlen, ist ein ernstzunehmendes Problem. Die Lösung dafür kann aber nicht sein, dass alle Feier-Freudigen unter Generalverdacht gestellt und bestraft werden. Vielmehr fordert die Grüne Jugend Würzburg, bereits vorhandene Projekte - etwa die Initiative Safer Party - auszubauen und unterstützen. Teilnehmende Lokalitäten haben damit die Möglichkeit, Menschen, die stören oder gewalttätig werden, aus ihren Lokalen zu entfernen und ggf. Hausverbote zu erteilen.

Darüber hinaus muss über die Einführung einer*s Nachtbürgermeister*in für Würzburg diskutiert werden. Diese*r wäre dann dafür verantwortlich, zwischen Stadt, Anwohner*innen und Gastronomie einen Feier-Konsens zu finden, in dem das Feiern nicht eingeschränkt, aber gleichzeitig eine für alle Anwohner*innen akzeptable Situation gefunden wird.

Alkoholverbote sind keine Lösung!

Seit 2010 besteht in der Leonhard-Frank-Promenade ein Alkoholverbot. Seitdem hat die CSU-Fraktion immer wieder Anträge in den Stadtrat eingebracht, weitere Gebiete - beispielsweise das Bahnhofs-Umfeld oder auch große Bereiche in der Innenstadt - mit Alkoholverboten zu belegen. Glücklicherweise sind diese Anträge bisher immer gescheitert. Sie zeigen allerdings den klaren Willen der CSU, gegen gesellschaftliche Gruppen vorzugehen, die nicht in ihr konservatives Weltbild passen. Dazu zählen auch junge Menschen, die einfach nur feiern und Spaß haben

43 wollen. Es muss in Würzburg möglich sein, auf öffentlichen Plätzen ohne
44 Konsumzwang gemeinsam zusammensitzen und dabei auch Alkohol konsumieren zu
45 können, denn junge Menschen brauchen Feiräume! Darüber hinaus haben
46 Alkoholverbote in der Vergangenheit auch keinerlei Wirkung gezeigt, sondern
47 bestehende Probleme nur an andere Stellen verlagert. Wir fordern deswegen die
48 Aufhebung des Alkoholverbotes an der Leonhard-Frank-Promenade. Um Probleme mit
49 Müll oder Auseinandersetzungen besser lösen zu können, muss die Stadt weitere
50 Streetworker*innen einstellen und an den entsprechenden Feier-Hotspots auch
51 einsetzen.

52 Prävention statt Repression!

53 Wir stellen uns ebenfalls vehement gegen bereits erfolgte Versuche, junge
54 Menschen durch Polizeieinsätze von öffentlichen Plätzen zu vertreiben: im
55 Februar und März 2019 fanden an der Würzburger "Hafentreppe" polizeiliche
56 Razzien statt, in deren Rahmen insgesamt über 200 junge Menschen durchsucht
57 wurden. Als GRÜNE JUGEND Würzburg verurteilen wir diesen Einsatz aufs Schärfste.
58 Die Unverhältnismäßigkeit des Einsatzes wird besonders deutlich, wenn man die
59 Menge der entdeckten Straftaten mit der Menge an Polizei vergleicht, die vor Ort
60 war. Auch die Aufforderung durch die Polizei an die Jugendlichen,
61 Ordnungswidrigkeiten zu begehen, zeigt für uns die vollkommene Willkür dieses
62 Einsatzes. Zwar äußerte sich die Würzburger Polizei im Nachhinein kritisch
63 gegenüber ihrem eigenen Vorgehen und kündigte an, die Vorfälle aufzuklären, für
64 uns als GRÜNE JUGEND Würzburg ist aber klar, dass nicht bloß Details des
65 Einsatzes grundverkehrt gelaufen sind, sondern bereits die prinzipielle Erwägung
66 einer solchen Razzia kritisiert werden muss. Junge - zu einem großen Teil
67 minderjährige - Menschen dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden, nur
68 weil sie sich an einem bestimmten Ort aufhalten, der von der Polizei als ein
69 potenziell gefährlicher Ort eingeschätzt wird. Die Polizei sollte erst als
70 ultima ratio dazugerufen werden, wenn tatsächlich Straftaten begangen werden,
71 aber nicht als Präventivmaßnahme. Stattdessen sollte auch hier verstärkt auf
72 entsprechend geschulte Sozialarbeiter*innen gesetzt werden, um sowohl die
73 Jugendlichen mit ihren Belangen ernstzunehmen, als auch zwischen diesen und den
74 Anwohner*innen zu vermitteln. Die Stadt Würzburg muss hier tätig werden, anstatt
75 Ordnungsamt und Bereitschaftspolizei gegen harmlose, feiernde Jugendliche
76 vorzuschicken.